

# Paibacher Zeitung.



Nr. 52.

Pränumerationspreis: Im Ganzen ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Montag, 5. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1877.

## Amtlicher Theil.

Am 2. März 1877 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien zu der italienischen, böhmischen, polnischen, ruthenischen, slowenischen, kroatischen und romanischen Ausgabe des Jahrganges 1876 des Reichsgesetzblattes das Titelblatt und ein doppeltes Repertorium ausgegeben und versendet.

Hieron enthält das erste ein chronologisches und das zweite ein alphabetisches Verzeichnis der in den XXXVIII. Stücken des Jahrganges 1876 des Reichsgesetzblattes kundgemachten Gesetze und Verordnungen. (Wr. Zig. Nr. 49 vom 2. März 1877).

Am 3. März 1877 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 13. Februar 1877 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen IV. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 8 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 27. Jänner 1877, betreffend die Umwechslung der Obligationen der Goldrente unter einander, deren Zusammenlegung, Um- oder Auseinandersetzung, dann betreffend die Ueberweisung der Zinszahlung bei diesen Obligationen;

Nr. 9 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 9. Februar 1877, betreffend die Zusammenlegung des k. k. Nebenpostamtes zweiter Klasse Springen mit dem k. k. bayerischen Nebenpostamte zweiter Klasse in Ach;

Nr. 10 die Kundmachung des Handelsministeriums vom 10. Februar 1877, betreffend die Einführung einer neuen einheitlichen Signalordnung auf den Eisenbahnen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. („Wr. Zig.“ Nr. 50 vom 3. März 1877.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Die österreichischen Genossenschaften und ihre Besteuerung.

#### III.

Schwieriger erscheint die Beurtheilung der zahlreichen Einzelbeschwerden, welche wider die den Genossenschaften gegenüber derzeit geübte Steuerpraxis erhoben werden, da hier die allgemeinen, jedem volkswirtschaftlich Gebildeten geläufigen Argumente nicht ausreichen, vielmehr die obwaltenden Verhältnisse eine detaillirte Prüfung der Ziffer erfordern. Von vornherein macht das angebliche Uebermaß an Unglück, welches die derzeitige Steuerverwaltung über die Genossenschaften gebracht haben soll, etwas mißtrauisch. Geht man aber den Dingen mit Ziffern, dieser verlässlichsten Waffe in Wissenschaft und Praxis, ernstlich an den Leib, so findet man bald, daß die vielbeklagten Mißthaten, welche die Finanzverwaltung an den Genossenschaften angeblich verübt, geradezu in nichts zusammenschumpfen, daß man es vielmehr hier mit einer Agitation zu thun hat, welche in der Wahl der Mittel für ihre — vom Standpunkte der Betheiligten ganz begrifflichen — Zwecke durchaus

nicht wählerisch ist, mit einer Agitation, die in Folge der guten Leitung und einer stramm disziplinierten Organisation gewisse Effekte zu erzielen vermag, der gegenüber es also, will man anders den wirklichen Interessen der Allgemeinheit dienen, umso mehr geboten ist, sich ein völlig objektives Urtheil zu wahren. Es ist nicht überflüssig, dies letztere zu betonen, denn nur zu leicht wird von dem Interesse für eine gute Sache, wie das Gedächtnis des Genossenschaftswesens, das Urtheil beeinflusst, und unter einer wolwollenden Gefühlsregung leidet mitunter die sachverständige Logik. So hat vor kurzer Zeit in einem wiener Blatte, das sich in Steuerfragen sonst zum Unterschiede von dem großen Troß durch eine verständige Haltung auszeichnet, ein Artikel Eingang gefunden, welcher auf die oft gehörten Argumente hin den Recriminationen der Genossenschaften zustimmt. Wir können uns nicht zu dem gleichen Standpunkte bekennen und wir glauben die Rechtfertigung unserer Anschauungen in unzweideutigen Ziffern zu finden.

Allorten soll, wenn man gewissen Declamationen glauben dürfte, gerade jetzt der „Kampf“ der Nothwehr zwischen den Genossenschaften und der Steuerverwaltung „entbrannt“ sein; man verweist in erster Linie auf Steiermark und Kärnten, dann auf Währen und Galizien. Zur Charakterisierung dieser wirkungsvollen Phrasen genügt der Hinweis darauf, daß laut den offiziellen Ausweisen sämtliche Vorschußvereine in Steiermark an Erwerb- und Einkommensteuer nebst allen Zuschlägen zusammen 298 fl., sämtliche Vorschußvereine in Kärnten 96 fl., sage in Summa sechsundneunzig Gulden bezahlen. Woher die angeblichen Steuerbeschwerden dieser Vereine rühren sollen, ist etwas schwer zu begreifen. In Währen ist allerdings der Steuerbetrag ein höherer (59,874 fl.), weil hier die genossenschaftliche Entwicklung nächst Böhmen am stärksten im Reiche ist, während in Galizien die gesammte Steuer sammt Zuschlägen sich auf 5062 fl. beläuft. Man stellt die Existenzbedingungen der Genossenschaften als durch die Besteuerung gefährdet hin. Wir haben schon angeführt, daß die Zahl der Vorschuß- und Kreditvereine — welche Art der genossenschaftlichen Entwicklung in Oesterreich die weitaus verbreitetste ist — in den Jahren 1874 bis 1876 von 1301 auf 1993, also um 53 Prozent gestiegen ist. Dies läßt sich kaum als ein Zeichen des Niederganges der Genossenschaften auffassen. Die Ziffern der faktischen Steuerleistung der Genossenschaften aber lassen es als geradezu unmöglich erscheinen, daß diese Belastung einer Gefährdung der Existenzbedingungen dieser Associationen gleichbedeutend sein könne.

Es wird über die außerordentliche Steuerlast der Genossenschaften und insbesondere der Vorschußvereine geklagt. Nach den dem Steuerreform-Ausschusse vorgelegten offiziellen Nachweisungen zahlten im Jahre 1874 1301 Vorschußklassen und Sparvereine an Erwerb- und

Einkommensteuer einschließlich aller Zuschläge 173,471 fl., 299 Konsumvereine zahlten 15,255 fl., 46 Rohstoff-, Werks-, Productiv- und Magazins-Genossenschaften 5997 fl. Im Jahre 1875 zahlten 1666 Vorschuß- und Sparvereine an Erwerb- und Einkommensteuer sammt allen Zuschlägen 244,065 fl., 283 Konsumvereine 15,256 Gulden, 70 Rohstoff-, Werks-, Productiv- und Magazins-Genossenschaften 10,855 fl. Es betrug daher im Durchschnitte die gesammte Steuerbelastung im Jahre 1874: für einen Kreditverein 133 fl., für einen Konsumverein 51 fl., für eine Productiv-Genossenschaft oder einen sonstigen Verein der angeführten dritten Art 130 Gulden; im Jahre 1875: für einen Kreditverein 146 Gulden, für einen Konsumverein 53 fl., für eine Genossenschaft der dritten Art 155 fl. Diese Ziffern bedeuten offenbar keine Steuerüberlastung. Ueberdies will beachtet sein, daß beispielsweise auf die zehn größten Vorschußvereine allein, welche auch ein recht bedeutendes Geschäft machen, ein Steuerbetrag (nach dem Ausweise pro 1875) von circa 42,000 fl. entfällt, so daß sich für die Masse der Genossenschaften der durchschnittliche Steuerbetrag noch wesentlich geringer stellt, als oben berechnet wurde. In der That rangiert der weitaus größte Theil der Genossenschaften in die untersten und unteren Steuerstufen, nur eine schwache Minderzahl entfällt auf die verhältnismäßig höheren Stufen. Dies gilt gleichmäßig von allen Arten der Genossenschaften. Wir halten uns vorzugsweise an die Kredit- und Vorschußvereine, weil diese in Oesterreich die wichtigste und verbreitetste Genossenschaftsart bilden und weil auch die erhobenen Klagen vorzugsweise diese Gruppe der Genossenschaften zum Gegenstande haben.

Von der Gesamtzahl der Kredit- und Vorschußvereine entrichten zusammen an Erwerb- und Einkommensteuer sammt allen Zuschlägen:

Bis von	Gesammter Steuerbetrag	Zahl der Genossenschaften	Das sind Prozent der Gesamtzahl
5 Gulden		143	8.6
5 bis 10	Gulden	92	5.6
10 " 15	"	249	15.1
15 " 20	"	77	4.6
20 " 30	"	207	12.4
30 " 50	"	239	14.3
50 " 100	"	187	11.2
100 " 200	"	210	12.6
200 " 300	"	78	4.7
300 " 500	"	91	5.4
500 " 700	"	36	2.2
700 " 1000	"	21	1.3
1000 " 1500	"	15	0.9
1500 " 2000	"	11	0.7
über 2000	Gulden	10	0.6

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß 60.4 Prozent aller österreichischen Vorschußvereine mit

## Feuilleton.

### Frauenarbeit in England.

Acht Jahrzehnte sind verfloßen, seitdem Mary Wollstonecraft, die Gattin des Philosophen Godwin, die Abhängigkeit des schwachen Geschlechtes vom starken, gegen den Mangel an Nahrungsquellen für wolanständige, ehrliche, unabhängigkeitliebende Mädchen und Frauen erhob. Seit dem Erscheinen ihres Buches „die Frauenrechte“ sind zahllose Abhandlungen über diese Frage geschrieben worden. Lange begegnete man allen Neuerungen mit Entrüstung, und erst seit wenigen Jahren ist die Welt geneigt, der Sache die ihr gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Während bisher ein Mädchen, das auf eigenen Lebensunterhalt angewiesen war, nur die Wahl hatte, Lehrerin, Gouvernante oder Näherin zu werden, steht demselben heute eine ganze Reihe verschiedener Beschäftigungen zur Auswahl und es vermag sich je nach Lust und Talent zu entscheiden.

In England war es der Staat selbst, der sich der Sache annahm und dieselbe von der Theorie in die Praxis übertrug. Die Herren von Whitehall haben von vornherein der Verwendung von Frauen im Dienste der Regierung eine günstige Stimmung entgegengebracht. Die ersten Versuche wurden im Postwesen angestellt und haben sich rasch als so erfolgreich erwiesen, daß man das Experiment ausdehnte. Man denkt denn auch daran, den Frauen ein immer größeres Feld einzuräumen. Wie

bei allen Neuerungen, hat es auch hier Opposition gegeben, und viele Mitglieder des starken Geschlechtes waren ungalant genug, ihrer Animosität ungeschönt Ausdruck zu geben. Allein die Nachteile, die das System der Frauenarbeit im Bureau bieten mag, werden von den Vortheilen desselben weitaus übertroffen.

Gegenwärtig werden in fünf Zweigen des Londoner Postwesens Frauen verwendet. Vor allem im Telegraphen-Departement; hier drohen die weiblichen Beamten allmählig ihre stärkeren Rivalen zu verdrängen. Im neuen Haupt-Telegraphengebäude sind achthundert Personen beschäftigt, von denen siebenhundert der besseren Hälfte der Menschheit angehören. Während es bei allen anderen Abteilungen Grundsatz der Regierung ist, in einer und derselben Räumlichkeit entweder nur Frauen oder nur Männer arbeiten zu lassen, wird es im Telegraphenamte auf Saint-Martins-le-Grand unvermeidlich, daß beide Geschlechter nebeneinander arbeiten; der Hauptgrund ist die Nothwendigkeit der vierundzwanzigstündigen Abwechslung im Dienste der Männer, während Frauen niemals Nachtdienst leisten dürfen. Dieses Zusammenwirken von Beamten beiderlei Geschlechtes mag seine Nachteile haben, allein der Umstand, daß diese Einrichtung auch in Oesterreich-Ungarn und anderswo besteht, zeigt, daß sie nicht zu umgehen ist.

Die Functionen, welche im Telegraphenamte von Frauen verrichtet werden, sind die wenigst schwierigen, wichtigen und verantwortlichen. Viel deutlicher treten die Früchte des Liberalismus der Postverwaltung in der Abtheilung für Finanzen und allgemeine Verrechnung hervor, speziell in einem Zweige, der den Namen „Telegraph Clearing-House“ (Telegraphen-Abrechnungsbureau) führt.

Hier erkennt man, daß ein Mädchen, bei entsprechendem Unterrichte, mit einem Manne in der Erfüllung ernster Pflichten sehr gut zu konkurriren vermag. Das Clearing-House wurde 1871 nach der Erwerbung der Telegraphenlinien Englands durch die Regierung errichtet und dem Chef der Finanzabtheilung der Post unterstellt. Er legte großes Interesse für die Frage der Frauenbeschäftigung an den Tag und hat es im Laufe der Zeit dahin gebracht, daß das ganze Personal das Clearing-House aus Frauen besteht; es gibt da 1 Superintendentin, 2 Oberbeamtinnen, 3 Beamtinnen erster Klasse und 35 bis 45 Beamtinnen untergeordneten Ranges.

Die Thätigkeit des Clearing-House zerfällt in drei Zweige: Jeden Monat werden alle Telegramme geprüft, die an einem Tage auf jedem Postamt des ganzen Vereinigten Königreichs — bekanntlich gibt es in Großbritannien und Irland keine separaten Telegraphenämter, sondern diese sind mit den Postämtern vereinigt — ausgegeben worden; jedes Telegramm wird durchgelesen, ob es allen Vorschriften entspricht; die einen Verstoß enthaltenden Depeschen werden ausgeschieden, mit aufklärenden Notizen beschrieben und dem schuldiragenden Postvorstand retourniert; von den 60,000 Depeschen, die monatlich geprüft werden, unterliegen etwa zehn Prozent einer derartigen Behandlung. Die von den Eisenbahngesellschaften eingereichten Rechnungen — für die Führung der Telegraphenämter auf den Bahnhöfen im Namen des Staates — werden geprüft, um etwa allzuhohe Ansprüche zu mäßigen; unter diesem Titel bezahlte die Regierung im Jahre 1874 zwanzigttausend Pfund Sterling. Die Jahresrechnungen für die Zeitungseigentümer, welche für ihre Depeschen Kredit genießen, müssen im

einem Betrage unter 50 fl. besteuert sind; 71.6 Prozent aller Vorschußvereine zahlen weniger als 100 fl. Nur 5.7 Prozent aller Genossenschaften zahlen mehr als 500 Gulden, nur 2.2 Prozent mehr als 1000 fl. So stellt sich in Wirklichkeit die viel beklagte Steuerüberlastung der Genossenschaften dar. Und nun halte man den angeführten Steuerziffern den Geschäftsbetrieb dieser Vereine gegenüber. Leider liegen diesbezügliche Daten nur für einen sehr kleinen Theil der österreichischen Vorschußvereine vor, und reichen dieselben nur bis Ende des Jahres 1873. Der von dem Anwalt des österreichischen Genossenschaftsverbandes, Herrn Hermann Ziller, veröffentlichte Bericht konstatiert, wie wir schon in einem früheren Artikel erwähnt haben, daß im Jahre 1873 189 Vorschußvereine über ein Betriebskapital von 30.2 Millionen Gulden verfügten, daß bei 165 Vereinen die Summe der Auslagen 97.9 Millionen betrug, sowie daß 189 Vereine Kredite in der Höhe von 68.5 Millionen gewährten, wonach auf einen Verein 362,396 fl. entfielen.

## Oesterreichischer Reichsrath.

### 241. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 2. März.

Der Minister des Innern Freiherr von Lasser übersendet die Wohlthaten über die vollzogenen Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes in 16 Landgemeinden und in 13 Wahlbezirken in Böhmen mit dem Bemerkten, daß den Gewählten die Wahlcertifikate ausgefertigt worden seien.

Der Handelsminister Ritter v. Chlumetzky übermittelte einen Gesetzentwurf, betreffend die Bedingungen und Zugeständnisse für die Sicherstellung einer Lokalbahn von Wien nach Aspang, nebst Begründung zur verfassungsmäßigen Behandlung.

Der Antrag des Abg. Dr. Kronawetter bezüglich der Vergebung der Arbeiten des Staates wird in erster Lesung dem Incompatibilitätsausschusse zur Berichterstattung zugewiesen.

Es gelangt sodann der Bericht des Eisenbahnausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die theilweise Abänderung der mit der Südbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Verträge, zur Verhandlung.

In der Generaldebatte spricht Abg. Dr. Menger gegen die Vorlage, weil er den neuformulierten, bei Trennung des Südbahnebes vorgeschlagenen Vertrag für einen solchen hält, der die österreichischen Interessen schädigt.

Redner stellt folgende Anträge: Es sei die Regierungsvorlage zur Umarbeitung an den Ausschuss unter Festhaltung folgender Grundsätze zurückzuweisen: 1.) Der Baseler Vertrag mit der Additionalakte und dem Pariser Kompromisse, sowie das Uebereinkommen mit der Südbahngesellschaft gehören zur Kompetenz der parlamentarischen Bewilligung; 2.) das Uebereinkommen mit der Südbahn ist an die Bedingung vollständiger Sicherstellung der Kauffchillingreste für den Verkauf des österreichischen und des lombardisch-venetianischen Bahnebes zu knüpfen; 3.) ist die Frage des österreichischen Eisenbahnkredites ins Auge zu fassen und festzustellen, ob die österreichische Südbahngesellschaft allein für die auf den italienischen Linien hastenden Lasten aufzukommen vermöge; 4.) ist die Steuerleistung der Bahn sicherzustellen. (Lebhafter Applaus.)

Berichterstatter Dr. Herbst widerlegt in längerer, mehrere male von Beifall unterbrochener Rede die Aus-

Clearing-House zusammengestellt werden; jedes Wort eines einzelnen Telegrammes wird gezählt; es wird ermittelt, welches Telegramm bei Tage und welches bei Nacht expediert wurde, denn Nachtdespachen sind billiger, außerdem hat die Verwaltung Separat-Uebereinkommen getroffen mit telegrafischen Korrespondenz-Bureaus, die ihre Depeschen in vielen Exemplaren an Zeitungen, Hotels und Klubs versenden. Die Rechnungen mit diesen Gesellschaften sind sehr verwickelt und es gehört Geduld und Aufmerksamkeit dazu, die mannigfaltigen gültigen Regeln und Instruktionen gewissenhaft zur Ausführung zu bringen. 1874 beliefen sich die Rechnungen in dieser Abtheilung auf nahezu 50,000 Pfund.

Und, fragt man, wie gelingt es den Frauen, diesen Anforderungen zu entsprechen? Darauf kann es nur die Antwort geben: Vorzüglich gelingt es ihnen. Vor nicht langer Zeit war eine parlamentarische Kommission damit beschäftigt, verschiedene Zweige des Staatsdienstes zu untersuchen; sie kam auch ins Clearing-House. Der Chef desselben konnte die Sorgfalt und Intelligenz der Frauen nicht genug loben. Als Beleg für die Richtigkeit seiner Behauptung führte er an, daß das Bureau, dem die Ueberprüfung der Arbeiten des Clearing-House obliegt, seit dem Bestehen des letzteren erst zweimal in die Lage kam, Rückfragen zu stellen. So befriedigend aber die Leistungen der Frauen auch sein mögen — die materielle Anerkennung bleibt dahinter weit zurück. Im Clearing-House erhalten die Subalternen 30 bis 50 Pfund, die Beamtinnen erster Klasse 60 bis 80, die Oberbeamtinnen 80 bis 130, die Superintendentin 150 bis 180 Pfund Jahresgehalt.

(Schluß folgt.)

führungen des Dr. Menger und weist darauf hin, daß eben die Nichtratifizierung des vollkommen billigen Vertrages ein geeignetes Mittel wäre, um den österreichischen Eisenbahnkredit zu untergraben.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Mengers abgelehnt und beschließt das Haus, in die Spezialdebatte einzugehen.

Es wird hierauf ohne Debatte dem abgeschlossenen Uebereinkommen die Zustimmung ertheilt und sodann das Gesetz in der Fassung des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen und die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung findet Dienstag den 6ten März statt.

### Zur Neutralität Rumäniens.

Ueber die sogenannte Neutralität Rumäniens geht der „Rölnischen Zeitung“ von ihrem Spezial-Berichterstatter in Jassy unterm 26. v. M. nachstehende nicht uninteressante Glossierung zu, die geeignet ist, das Vorgehen Rumäniens in einem ganz eigenthümlichen Lichte erscheinen zu lassen:

„Man erzählt hier sowohl als wie in Bukarest, daß Rumänien ein geheimes Uebereinkommen mit Rußland geschlossen habe, nach welchem, von irgend einem Datum des März ab sämtliche Bahnen, das Land und unter Umständen auch Truppen des russischen Oberbefehlshabers zur Verfügung stehen sollen. Das letztere klingt sehr unwahrscheinlich, denn obgleich man der rumänischen Neutralität und allen von der Regierung veröffentlichten Rundgebungen nicht bis über den Berg trauen kann, so scheint es doch gewiß zu sein, daß man zunächst abwarten will, wie es den Russen bei ihren kriegerischen Unternehmungen ergehen wird; daß sich Rumänien, wenn Rußland siegen sollte, auf der Stelle für unabhängig erklären wird, das braucht kein Hellseher vorauszusagen. Die sogenannte Neutralität Rumäniens könnte man jetzt schon als eine halbe Kriegserklärung gegen die Pforte betrachten. Denn warum besiegeln die Rumänen ihre türkische Grenze und nicht die russische? Warum hat man bei Kalafat und an vielen Orten am Donau-Ufer sowie bei Galatz und Braila Verschanzungen errichtet, dieselben mit Geschützen ausgestattet und die Umgegend mit Mannschaften belegt, während nach der russischen Grenze zu nur vier stolze Krieger die hehre Wacht „am Pruth“ halten? Will man zweien Staaten dadurch seine Neutralität beweisen, daß man dem einen die Mündungen und dem andern die Verschlusstücke seiner Geschütze zuteilt? Soll das etwa heißen: Wir sind zu schwach, die Russen aufzuhalten, aber stark genug, um den Türken zu trotzen? Wenn Rumänien also korrekt handeln wollte, dann müßte es überall und an allen Punkten der bedrohten Grenze Verteidigungs-Anlagen herrichten lassen — oder nirgends und an keinem Orte! Was Rumänien heute thut, ist schon mehr als eine Verletzung der Neutralität, es ist eine feindselige und bedrohende Haltung der Türkei gegenüber; denn für wen bleiben denn die rumänischen Schanzen bestehen, wenn man den Russen ungehinderten Durchzug durch das Land bis an die Donau gestattet?

Gestern bin ich vom Pruth hierher zurückgekehrt. Vergebens suchte ich in und um Ungheui rumänisches Militär oder aufgeworfene Verschanzungen. Vier rumänische Soldaten bewachen die dauerhaft gebaute Eisenbahnbrücke über den Pruth, auf der andern Seite derselben steht ein russischer Posten. Das ist alles, was man von einem nahenden Kriege in Ungheui bemerken kann. Die braven Rumänen ließen uns passieren, nachdem sie zuvor unsere Pässe geprüft und dafür (wie in diesem Lande allgemein üblich) ein Trinkgeld verlangt hatten, welches wir ihnen jedoch zu ihrem großen Verdruß nicht verabsagten. Die Russen sind mit dem Beweisen außerordentlich streng und peinlich. Kaum hat man die Grenze überschritten, so wird hinter einem eine Kette aufgezogen, damit ja nicht etwa ein paßloses oder ein verdächtiges Menschenkind sich mit einigen Sprüngen nach Rumänien zurückflüchten könnte. Es wurde vor kurzem viel davon gesprochen, daß in Ungheui von den Russen Eisenbahnschienen und sonstiges Bahnmateriale aufgestapelt worden wäre, um gegebenenfalls für den rumänischen Schienenweg eine breitere Geleis Spur, den russischen Waggons entsprechend, herzustellen. Mein erster Gang war daher nach dem Eisenbahndamm, um mich von dem Dasein des Materials zu überzeugen. Ich fand auf dem Bahnkörper selbst eine ungeheure Menge Schienen liegen, und zur Seite des Schienenstranges auf einer Strecke von drei bis vier Kilometer erblickt man ansehnliche Haufen desselben Materials. Dieser Vorrath würde vollständig genügen, um noch eine einzelne Schienenreihe von Ungheui bis Giurgewo, Krajowa oder Turn-Severin zu legen, so daß man dann, ohne von einer Verschiedenheit der Spurweite behindert zu sein, die rumänischen Bahnen sowohl mit russischen als mit rumänischen Waggons befahren könnte.

Von Rußland eintreffende Reisende sagen aus, daß die Frauen der russischen Offiziere angewiesen worden wären, baldigst die Cantonnements zu verlassen. Sonst ist von der russischen Grenze wenig Beachtenswerthes zu berichten; russische Pionniere sind daselbst eingetroffen, um die Bahnerweiterung sofort in Angriff zu nehmen, aber auch vom russischen Militär verspürt man recht herzlich wenig in der Umgegend von Ungheui.

## Politische Uebersicht.

Wien, 4. März.

Die österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen wurden vorgestern in Wien wieder aufgenommen. Von den österreichischen Ministern nahmen Fürst Auersperg und Freiherr v. Preiss, von den ungarischen Baron Wendheim und Herr v. Szell an denselben theil. Außerdem sind zu der Konferenz, in welcher lediglich die Textierung der schon früher für das Bankstatut vereinbarten Prinzipien erfolgen soll, wieder die Vertreter der Nationalbank zugezogen worden.

Der Steuerreform-Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß in seiner letzten Sitzung, die Hausklassensteuer von 26% auf 25 Prozent herabzusetzen, dagegen die Zinssteuer mit 20 Prozent zu belassen. Nach der Regierungsvorlage sollte bekanntlich die Gebäudesteuer überhaupt mit 24 Prozent festgesetzt werden. Gleichzeitig wurde der Antrag auf Beseitigung des Aversums bei Triest im Prinzipie angenommen und die Uebergangsperiode auf fünf Jahre festgestellt. Salzburg, Tirol und Vorarlberg sollen künftighin auch in die Gebäudesteuer (25 Prozent) einbezogen werden, und zwar erstere sofort, Tirol und Vorarlberg nach einem Jahre. — Ritter v. Goldberg zeigte in einer Zuschrift an, daß er sein Reichsrathsmandat niederlege. Damit sind nunmehr die beiden Mandate des Tiroler Großgrundbesitzers erledigt.

Der deutsche „Reichsanzeiger“ veröffentlichte auf eigenes Ersuchen erfolgte Entlassung des Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamtes, Herrn Maybach, aus dem Reichsdienste und dessen Ernennung zum Unter-Staatssekretär im preussischen Handelsministerium.

Der französische Senat hat die Wahl eines lebenslänglichen Senators anstelle Changaniers für den 10. März festgesetzt. — In dem Gesetzentwurf, in welchem die französische Regierung einen Kredit von 500,000 Francs verlangt, um dafür in Lyon Seidenstoffe einzukaufen, beruft sich der Außenminister auf den Vorgang früherer Regierungen und fügt hinzu: „Seit dem Jahre 1870 haben wir in Lyon nichts eingekauft und die Vorräthe unserer Magazine sind durch die bedeutenden Reparaturen und Neueinrichtungen, die wir nach dem Kriege infolge der feindlichen Besetzung in den meisten nationalen Schlössern bewerkstelligen mußten, vollständig erschöpft. Dazu tritt, daß einige dieser Schlösser wahrscheinlich zur Residenz für die Persönlichkeiten dienen werden, welche bei Gelegenheit der Weltausstellung den Einladungen des Präsidenten der Republik Folge leisten werden; es empfiehlt sich also, schon jetzt für eine neue Ausstaffierung der Gemächer dieser Schlösser zu sorgen.“

Die „Agentie Reuter“ erfährt über die Zurückberufung des englischen Mittelmeergeschwaders nach Malta, dieselbe sei angeordnet worden wegen der Schiffsreparaturen und weil ein Theil der Mannschaft nach beendeter Dienstzeit zu entlassen wäre. „Reuter“ bemerkt außerdem, daß die politischen Verhältnisse die Anwesenheit des britischen Geschwaders in den orientalischen Gewässern nicht mehr erforderlich erscheinen lassen.

Die Nachricht der „Times“ über einen russischen Ministerrath unter dem Vorstehe des Kaisers, in welchem die Demobilisierung der Armee bei erfolgtem Friedensabschlusse zwischen der Türkei, Serbien und Montenegro beschlossen worden wäre, wird entschieden dementiert.

An den bevorstehenden Einmarsch der Russen in Rumänien glaubt man in politischen Kreisen durch aller Dementis nach wie vor und wird hierin durch Bukarester Briefe bestärkt. Reisende aus Jassy berichten sogar, daß schon diesertage die Legung zweiter Schienen auf den rumänischen Bahnen, um den russischen Militärs zügen den Uebertritt zu ermöglichen, beendet sein würde.

Am 1. d. wurde in Konstantinopel von den serbischen Delegierten und Sabet Pascha das Friedensprotokoll unterzeichnet. Man erwartete abends die Ankunft der montenegrinischen Delegierten. In der Uebereinkunft zwischen der Pforte und Serbien sind die Punkte, welche die Regulierung der serbischen Grenze sowie den Anschluß der serbischen Bahnen an die türkischen betreffen, offen geblieben. Es wurde nur im Schlußprotokolle bestimmt, daß eine gemischte Kommission, welche später (man sagt: im Juli) in Nisch zusammentreten würde, diese beiden streitigen Punkte erledigen soll.

Wie man in Berlin glaubt, wird die Türkei den Mächten nicht nur den Frieden mit Serbien anzeigen, sondern bei dieser Gelegenheit besonders darauf anzuwirken, daß sie die von denselben verlangten Reformen selbstständig auszuführen begonnen habe, eine geforderte Entwicklung derselben jedoch nur dann möglich sei, wenn der Friedenszustand an den Grenzen gesichert erscheine. Auch die Regelung der türkischen Schuld war damit zusammenhängend könne nur unter dieser Bedingung ausgeführt werden. Die Wünsche der Pforte in dieser Hinsicht sind in Konstantinopel erfolgt. Eine solche Erklärung soll in Konstantinopel erwogen worden sein, wobei die Türkei voranschreitend auch auf den bevorstehenden Zusammentritt des Parlements hinweisen wird. Ob die Pforte in ihrer Angelegenheit zugleich eine einjährige oder dreijährige Frist für die Ausführung der Reformen beantragen wird, wie man den „Times“ meldet, muß abgewartet werden, ebenso, ob sie die Abrüstung förmlich in Vorschlag bringt.

Die bosnischen Insurgentenchefs erklären, daß sie, da Serbien nichts zur Befreiung Bosniens beizubringen

gen vermochte, aller Verbindlichkeiten gegen den Fürsten Milan ledig sein und selbständig handeln würden.

Dem nordamerikanischen Kongressbeschlusse, durch welchen die Wahl Hayes' zum Präsidenten, Wheelers zum Vizepräsidenten proklamiert wurde, gingen lebhafteste Debatten voran. Die Verkündung erfolgte ohne eine weitere äußere Kundgebung.

Aus Kairo wird berichtet, daß der Vizekönig von Ägypten den neuen Generalgouverneur von Sudan, Gordon Pascha, ermächtigt hat, mit dem Könige Johannes von Abyssinien einen Friedens- und Handelsvertrag abzuschließen.

## Tagesneuigkeiten.

(Ehescheidungsprozess Patti-Gonz.) Es war schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Ehe zwischen Adelina Patti und dem Marquis de Gonz seitherzeit nicht im Himmel geschlossen worden ist. Wie die meisten Conventienzehen, war auch das Bündnis zwischen der Diva und dem Marquis stets nur ein lockeres gewesen. Der Ehemimmel der beiden Gatten hing nichts weniger als voller Weigen. Und die Fama wußte von gar vielen schwarzen Punkten zu erzählen, die den Horizont der beiden Eheleute trübten. Wie nun aus Paris berichtet wird, fand am 28. v. M. daselbst die Verhandlung über die Trennung der Eheleute Adelina Patti und Marquis de Gonz statt. Im Sinne der Eheverträge ist das während der Ehe erworbene Vermögen als gemeinschaftliches zu betrachten. Frau Patti hat deshalb an den Marquis de Gonz anderthalb Millionen Francs auszufolgen. Man glaubt, daß der Marquis, der von seiner alten Mutter eine große Erbschaft zu erwarten hat, auf diese anderthalb Millionen zugunsten der Schwägerin der Patti oder humanitärer Institute verzichten werde.

(Torquato Tasso — irr sinnig.) In den italienischen Blättern ist in der letzten Zeit viel davon geschrieben worden, daß Torquato Tasso nicht bloß an fingiertem Wahnsinn gelitten habe, sondern in der That von Irrensinne befallen gewesen sei. Es hat sich nun im medizinischen Archiv in Florenz ein merkwürdiges Document vorgefunden, welches über diesen Punkt eine interessante Illustration bringt und wörtlich lautet: „8. April 1595. Herr Torquato Tasso hat dem Arzt, welcher ihm den Puls besuchte, einen derben Pantoffelstich versetzt und sich von ihm versprechen lassen, daß er ihn nie mehr besuchen werde. Zugleich hat er mit der Bemerkung, daß die Ärzte nur auf Gerathewohl kurieren, seinen Diener genötigt, die für ihn selbst vorgeschriebene Medizin einzunehmen, was in der That zur Betätigung seiner Nahrung einzwang, was in der That zu werden verdient.“ Dieser Arzt war niemand anderer, als der gefeierte Botaniker Andrea Cesalpino, und die vollkommene konstatierte Thatsache ereignete sich acht Tage vor dem am 15. April 1595 eingetretenen Tode des Sängers des „Befreiten Jerusalem“ im Kloster Sant' Onofrio in Rom.

(Die schweizerischen Gasthofsbesitzer) sind in den letzten Tagen zu Otten zusammengetreten, um sich über die Verabreichung der Preise zu beraten, da sonst die Fremden, der unverschämten Ausbeutung ihrer Börsen müde, bald so selten werden würden, wie die Emsen auf den Bergen. Und in der That sind schon bedrohliche Anzeichen eingetreten. Zu Montreux am Genfer See sind in der letzten Saison alle die zahlreichen Hotels und Pensionen leer geblieben, und es haben nicht weniger als 26 Bankrotte stattgefunden. Auch in Genf mußten mehrere Gasthöfe geschlossen werden. Aber nicht bloß die Wirthe leiden, auch das sonst so einträgliche Uhrmachergewerbe hat fast gänzlich aufgehört und die Bundesregierung hat Straßenbauten anordnen müssen, um die zahlreichen arbeitslosen Bijouterie- und Uhren-Arbeiter zu beschäftigen.

(Duell.) Aus Stuttgart, 24. Februar, schreibt man: Vergangene Woche fand zwischen den Angehörigen der Corps „Athenaia“, B. Gummich aus Essen, und „Stauffa“, L. Benz, Studierenden am hiesigen Polytechnikum, ein sogenanntes Bestimmungsduell zur Einleitung der Aufnahme in den engeren Kreis der Verbindung, also ohne ein vorhergegangenes Zerwürfniß zwischen den Duellanten, welche sich kaum gesehen haben, mit Schlägern statt. Gummich brachte seinem Gegner Benz einige Kopfverletzungen bei, welche scheinbar unbedeutend waren und rasch heilten, aber nach drei Tagen eine Gehirnentzündung zur Folge hatten, welcher der 23 Jahre alte junge Mann, Sohn einer hier lebenden reichen Gutbesitzerwitwe, nach wenigen Tagen erlag. Gerichtliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet und Gummich heute verhaftet. „Paukereten“ von so bildsamem Charakter sollte man heutzutage kaum noch für möglich halten.

(Stahlschiffe.) Als Snore Sturleson die Sage der Edda vom Stahlboot des Niesen aufschrieb, dachte er schwerlich daran, daß die Zeit kommen würde, wo die Sage zur Wahrheit gemacht wird. Die englische Admiralität läßt gegenwärtig nicht weniger als sechs Stahlcorvetten bauen. Man hofft durch die Anwendung des Stahles nicht bloß größere Dauerhaftigkeit, sondern auch geringeren Tiefgang und größere Schnelligkeit zu erzielen.

(Neue Pinrichtungsmethode.) Ein Arzt schreibt der „Presse“: Der jüngst verstorbene englische Gelehrte Alexander Bain, Professor an der Universität zu Aberdeen, hat den Vorschlag gemacht, an die Stelle des Denkers die Zündung durch einen elektrischen Schlag (mittels eines satabischen Stromes) würde dadurch, wenn eine gänzliche Abschaffung der Todesstrafe heute nicht zu erlangen ist, wenigstens eine — sit venia verbo — Humanisierung derselben erzielt. Der Tod durch den elektrischen Schlag erfolgt durch momentane Lähmung des gesamten Nerven-systems. Wahrscheinlich geht derselben ein Augenblick außerordentlich schmerzhaft voraus. Aber höchstens ein Augenblick, während welcher Strangulation ein viele Minuten währendender Todeskampf bei der Strangulation ein viele Minuten währendender Todeskampf nicht Seltenes ist. Die Erkennung des Galgens durch eine

elektromagnetische Maschine wäre auch wegen des Wegfalls aller mittelalterlich-grauenhaften Inszenierungen ein entschiedener Fortschritt.

## Lokales.

### Die Gagnete zur Regelung der Weid- und Waldverhältnisse in Oberkrain.

(Fortsetzung.)

In Ergänzung der Erwiderung des Direktors Ludmann ergreift hierauf der Forstmeister der krainischen Industrie-Gesellschaft, Herr Seitner, das Wort. Derselbe bemerkt zunächst, daß die auf dem Waldterrain der Industrie-Gesellschaft angelegten Schonungsflächen kaum ein Zehntel des gesammten Bestandes ausmachen, obgleich das Forstgesetz ein Sechstel als erlaubtes Maximum fixiert, und daß erstere durchwegs so angelegt sind, daß der Uebertritt des Weidviehes leicht verhindert werden und letzteres andererseits auch ohne Umwege zu seinem Weidterrain gelangen kann und den Gemeinden in dieser Hinsicht überhaupt große Erleichterungen eingeräumt wurden. Daß ferner die Alpenweiden der Waldweide gleich behandelt werden, sei nicht wahr, und es ist bis jetzt noch keine Alpenweide in Schonung gesetzt worden. Die Anzahl des betretenen Weidviehes wird behauptet Strafmäßes von den Forsthütern immer richtig angegeben. Holz wird den Berechtigten zugenüge ausgewiesen, so daß diese das Holz sogar noch in andere Gemeinden verkaufen. In bäuerlichen Streuwäldern wird kein Holz zum Fällen ausgewiesen, und die bei der Gesellschaft Eingeforsteten haben es nicht nöthwendig, in ihren eigenthümlichen Streuwäldern zum Hausbedarf zu haben. Arreststrafen wurden bis jetzt keine vollzogen und dürften auch in der Zukunft kaum effektuiert werden. Die Schonungsflächen sind jetzt deshalb drückend, weil tausende Stücke von fremdem Vieh aufgenommen und in die belasteten Weiden eingetrieben werden. In früheren Zeiten hatte man weniger fremdes Vieh, daher auch der Wald sich leichter bestockte. Die Intabulationen von Strafgeldern geschehen nur bei solchen Besitzern, die zahlungsfähig erscheinen und die Strafzahlung verweigern.

Der Präsident bemerkt hierauf, daß sich eben die Eingeforsteten hauptsächlich beschwerten, daß sie nicht den nöthwendigen Brenn- und Bauholzbedarf für das Haus erhalten.

Forstmeister Seitner erwidert, daß letztere alles bekommen, was nöthwendig ist, und daß 10 bis 20 Servitutsbeschwerden vorkamen, von denen im Gerichtswege nur bei einer die Industrie-Gesellschaft sachfällig wurde.

Ueber Ersuchen theilt Dr. Ahazhizh Seitners Rede den Abgeordneten in slovenischer Sprache mit. Derselbe bemerkte hiezu, daß er, trotzdem er ein Actionär der Gesellschaft sei, doch objektiv reden wolle, umsomehr, als er selbst ein Oberkrainer und ein wahrer Freund der letzteren sei. Er stellt schließlich den Antrag, die Berechtigten sollen einen kurz verfaßten Vorschlag beim Verwaltungsrathe einbringen, daß sie gesonnen seien, sich zu vergleichen.

Auf Dr. Ahazhizh's Rede erwidert ein Bitnacher Abgeordneter: Herr Dr. Ahazhizh gibt an, daß er unser Freund sei, dies wird wol nicht der Fall sein! Jedemfalls aber müssen wir widersprechen, daß wir unsern nöthwendigen und uns rechtmäßig gebührenden Brenn- und Bauholzbedarf zur Deckung ausgewiesen bekommen; und selbst, was uns ausgewiesen wird, ist von allen möglichen Chicanen begleitet. Herr Seitner hat bemerkt, daß uns der ganze Bedarf aus der belasteten Waldung ausgewiesen werde, daß dies unwahr ist, können wir beschwören und stündlich beweisen, ebenso auch, daß wir gezwungen sind, unsere Streuwälder zu haben.

Der Abgeordnete von Görjach bemerkt: Das Beschwerdeführen, wie Herr Ludmann meint, heißt gar nichts und nützt auch nichts, da wir, wenn es gut geht, die Erledigung erst in ein oder zwei Jahren erhalten. Was aber das angeblich nach Tausenden zählende fremde Vieh anbelangt, so ist diese Behauptung ebenfalls unwahr und läßt sich sehr leicht widerlegen — jenes Vieh, das im Spätherbste aus der Woche hinausgeht, ist eben unser Vieh, welches wir zum Ueberwintern in schlechten Heujahren an andere Besitzer abgeben, um es im Frühjahr wieder rückzunehmen. Dies geschieht nicht etwa seit 5 Jahren, sondern seit 100 Jahren, und wird uns diesen rechtlichen Wirtschaftsbetrieb Herr Seitner wol nicht bestreiten.

Hierauf trägt Herr Dr. Bleiweis eine Beschwerde der Gemeinde Babelnice vor, welche vom hohen Landesauschusse an die Landwirtschaftsgesellschaft abgetreten wurde. In dieser heißt es, daß die Schonungsflächen in dieser Gemeinde von der Industrie-Gesellschaft so ausgestattet wurden, daß sie wie die Regel auf einer Regelstatt stehen, wodurch unwillkürlich der Uebertritt des Weidviehes und sonach zahlreiche Abstrafungen herbeigeführt werden.

Forstmeister Seitner erwidert, daß in der Gemeinde Babelnice nur 50 Joch in Hege gelegt sind, und viele Uebertretungen des Weidviehes gar nicht zur Anzeige gebracht werden.

Die Abgeordneten widersprechen dem und behaupten, daß sie immer abgestraft werden. Ein Abgeordneter aus Mitterdorf konstatiert hierauf folgenden Fall: Drei junge Sennerinnen trieben ihr Vieh von der Alpe heim, am Wege im Walde traf sie ein Forsthüter an, sprach

vertraut mit ihnen und lud sie ein, auszuruhen. Darauf erwiderten die Mädchen: „Ja, bei der Gelegenheit könnte unser Vieh in die anstoßende Schonungsfläche übertreten und wir würden dann gestraft.“ Der Forsthüter rebete ihnen noch zu, sie sollen nur rasten, und entfernte sich dann. Nach einer kurzen Weile kam er wieder zurück und beschuldigte die Sennerinnen des Weidviehes, zeigte sie an, und sie mußten die Strafe zahlen. Redner machte sich zur Bekräftigung der Wahrheit des Erzählten erbötig, auch die Namen zu nennen.

Ein anderer Abgeordneter aus Kerniza schildert die Forsthüter, wie folgt: Der Forsthüter wartet abends im Dorfe, bis die Ziegen von der Weide heimkehren, merkt das Haus vor, in dessen Stall die Ziegen gegangen sind, und zeigt den Betreffenden zur Abstrafung an, — ohne zu wissen, wo eigentlich die Ziegen geweidet haben.

Unter anderen Chicanen bei der Holzausweisung konstatiert ein Abgeordneter aus Mitterdorf auch folgenden Fall, welcher sich angeblich auch bei mehreren Eingeforsteten in der Gemeinde Görjach wiederholt haben soll. Er hat für seinen derouten Alpenstall um Bauholz ausweisung und erhielt hierauf im Jahre 1873 das Bauholz für den Unterbau (Wände und Boden) und im Jahre 1875, bis zu welcher Zeit das Holz von 1873 bereits verkauft war, da der Bau doch ohne Dach auf der Alpe nicht gemacht werden kann, wurde ihm das Holz für den Dachstuhl und das Dach ausgewiesen. Nun habe er seit 1876 das Dachholz, das andere dagegen nur im verfaulten Zustande.

(Schluß folgt)

(Beamtenverein.) Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben aus Anlaß der Ueberreichung des neuesten Jahrganges der „Diosturen“ für die humanitären Zwecke des Beamtenvereines 200 fl. zu spenden geruht. Für denselben Zweck spendeten Ihre k. und k. Hoheiten der Herr Erzherzog Albrecht 100 fl., die Herren Erzherzoge Karl Ludwig, Ludwig Victor und Rainer je 50 fl. und Herr Erzherzog Ferdinand, Großherzog von Toskana, 40 fl.

(Abgeordneter Dr. Schaffer,) der sich, wie bereits gemeldet, krankheitshalber in Laibach befindet, begibt sich übermorgen nach Italien, da ihm ärztlicherseits die Aufforderung eines südlicheren Klimas angerathen wurde. Die infolge seiner Beurlaubung nothwendig gewordenen Neuwahlen für den Legimations-, Petitions- und volkswirtschaftlichen Ausschuss, sowie für den Ausschuss bezüglich der Verzehrungssteuer von Fleisch wird das Abgeordnetenhaus in seiner morgigen (24.) Sitzung vornehmen.

(Petition.) Die Ortsgemeinde Groß-Dolina in Krain richtete an das Abgeordnetenhaus eine Petition, in welcher sie letzteres ersucht, sich bei Beschlußfassung über die neuen Stenerverlegen für Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Bestimmung, daß ein Gesamteinkommen unter 600 fl. von der Einkommensteuer befreit bleibe, auszusprechen. Die Petition wurde in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2ten d. M. überreicht und dem Petitionsausschusse zugewiesen.

(Notar Edler von Formacher.) Der nach Drazenburg übersehende k. l. Notar in Rudolfsweert, Herr Friedrich Formacher Edler auf Lillenberg, schließt am 10. d. M. seine Notariatskanzlei in Rudolfsweert und tritt am 14. d. M. sein neues Amt in Drazenburg an.

(Gemeindevahl.) Bei der am 4. Februar d. J. stattgefundenen Neuwahl des Gemeindevorstandes der Ortsgemeinde Turjoviz, im politischen Bezirke Gottschee, wurden Simon Palic von Turjoviz zum Gemeindevorsteher, Michael Gamp von Friesach und Johann Lesar von Turjoviz zu Gemeinderäthen gewählt.

(Benefizvorstellung.) Zum Vortheile des Gesangskomikers und Regisseurs Herrn Zwerenz findet morgen die letzte Wiederholung der Operette „Angot“ in dieser Saison statt.

(Directrice Frau Frißche.) Infolge einer plötzlich eingetretenen bedauerlichen Verhinderung unserer verehrten Directrice Frau Frißche-Wagner mußte die für gestern angekündigte gewesene Aufführung der Operette „Madame Herzog“ in letzter Stunde abgesehen werden. An deren Stelle wurde die Novität vom vorgestrigen Abende: „Der große Wurf“ von Julius Rosen, wiederholt; das Haus war infolge dessen nur mäßig besucht. Wie wir erfuhren, wurde Frau Frißche von ihrem eigenen Hunde in den Arm gebissen und erhielt hiedurch eine leichte Verletzung, die eine Anschwellung des Armes zur Folge hatte, doch hofft man, daß dieselbe ohne weitere Folgen vorübergehen dürfte. Ueber eine infolge dieses unglücklichen Vorfalls nothwendig gemordene Aenderung des Repertoires wurde uns bis heute noch nichts gemeldet.

(Feuerwehrtneipe.) Die Samstag abends abgehaltene, vom Herrn Schulz arrangierte Kneipe der laibacher freiwilligen Feuerwehrtneipe war sehr zahlreich besucht. Die reichhaltige „Neue freie Kneipezeitung“, insbesondere die Wahlrede eines Kandidaten, erfreuten sich stürmischen Beifalls. Auch die humoristischen Vorträge der Herren Zwerenz und Mayer sowie die ersten des Herrn Paul und die Declamation des Herrn Freiberger fanden sehr beifällige Aufnahme. Die nächste Feuerwehrtneipe findet Samstag den 10. d. M. statt, und hat das Arrangement derselben der Steigerleitmann Herr Dornil übernommen.

(Bilanz.) Anlässlich der Donnerstag der 8. d. M. stattfindenden Plenarversammlung des Kreditvereines der krainischen Sparkasse in Laibach dürften nachstehende Mittheilungen über das Geschäftsergebnis desselben im abgelaufenen Jahre 1876 von Interesse sein: Im Jahre 1876 haben sich beim Vereine 73 Kreditwerber gemeldet, hievon wurden an 48 derselben Kredite im Betrage von 58,800 fl. bewilligt. Die Zahl

der Kreditheftnehmer belief sich am 31. Dezember v. J. auf 87; ihr Gesamtkredit beträgt 171,700 fl. Hierin ist jedoch ein Kreditbetrag per 5000 fl. inbegriffen, welcher bereits im Jahre 1876 hypothekarisch sichergestellt, für welchen aber die 10prozentige Einlage zum Sicherheitsfonde mit 500 fl. erst im Jahre 1877 eingezahlt wurde. — Im vergangenen Jahre wurden 472 Wechsel eingereicht und 455 im Gesamtbetrage von 360,100 fl. 41 kr. eskomptiert. Im Portefeuille waren am Schlusse des abgewichenen Jahres Wechsel im Betrage von 140,285 fl. Der Sicherheitsfond betrug am 31. Dezember 1876 die Summe von 16,670 fl. Die Interessen hiervon werden nicht verzinst und können von den Kreditheftnehmern gegen Vorweisung der Einlage-Empfangsbefähigung alljährlich erhoben werden. — Der Reingewinn pro 1876 bezieht sich auf 1825 fl. 46 kr. und wird nach § 21 der Statuten nachstehend vertheilt: 40 Prozent für die Sparkasse mit 730 fl. 18 kr. 15 Prozent für die Comité-Mitglieder mit 273 fl. 82 kr., 45 Prozent für den Reservefond mit 821 fl. 46 kr. Der Reservefond beträgt demnach laut Bilanzkonto pro 1876 504 fl. 59 kr., hierzu 45 Prozent des Reingewinnes pro 1876 821 fl. 46 kr., somit zusammen 1325 fl. 5 kr.

(Ein Hundertjähriger.) In unserer Nachbarstadt Klagenfurt feierte gestern ein verdienster Bürger die seltene, nur wenigen Sterblichen vergönnte Feier des 100. Geburtstages. Es ist dies der im Jahre 1845 in Ruhestand getretene städtische Steuereinnahmer Herr Johann Moro, vulgo Pappelmo. Der Jubelkreis, dem zu Ehren man gestern in Klagenfurt allseits die herzlichsten Ovationen veranstaltete, wurde, wie die „Klgt. Ztg.“ mittheilt, am 4. März 1777 zu St. Veit geboren und widmete sich anfänglich dem Handelsstande; als Kaufmann in Klagenfurt besaß er das jetzige Baron Reyer'sche Haus am neuen Platz; derselbe erwies sich während der Franzosenkriege als echter Patriot und hat manches Opfer gebracht, um den durchziehenden österreichischen Truppen seine Sympathie zu beweisen, weshalb ihm auch die große goldene Zivil-Ehrenmedaille verliehen wurde. Später trat Herr Moro in die Dienste der Kommune als Steuereinnahmer und wurde als solcher auf sein Ansuchen im Jahre 1845 im Alter von 68 Jahren in den Ruhestand versetzt. Bis vor wenigen Jahren behob derselbe seine Pension persönlich im Magistratsgebäude und besuchte regelmäßig um 6 Uhr früh die Messe in der Stadtpfarrkirche, seit einiger Zeit hat er jedoch sein Haus in der Glangasse nicht verlassen und macht nur kleine Spaziergänge in seinem Hausgarten; außer der Schwerhörigkeit und Kurzsichtigkeit kennt Vater Moro keine besonderen Beschwerden des Alters; derselbe erfreut sich eines gesunden Appetites, liebt namentlich derbere Kost, wie Hülsenfrüchte u. s. w., und nimmt an den Ereignissen der Gegenwart noch recht lebhaften Antheil. Herr Johann Moro ist ein Stiefsohn des Herrn Grafen von Egger, denn er ist der Stiefbruder von dessen Mutter, der Frau Katharina Gräfin v. Egger (geborene Baronin Koller). Von den Kindern des Jubilars leben drei: Fräulein Anna Moro, die verwitwete Frau v. Eitshofen und Herr Moriz Moro, Kaufmann in Radegund; sehr groß ist der Kreis seiner übrigen Verwandten.

(Neue Geschütze.) Im Laufe des gestrigen Tages kam ein Theil der für das hier garnisonierende 12. Artillerie-Regiment bestimmten Geschützbestandtheile (Proben u. s. w.) mittels Südbahn von Wien in Laibach an. Die Ankunft der neuen Uchatius-Geschütze selbst war für heute nachts mittelst Lastzug anvisiert.

(Kälte.) Die seit einigen Tagen in Laibach eingetretene merklich tiefere Temperatur stellte sich den meteorologischen Berichten zufolge in den letzten Tagen in allen Theilen der Monarchie in gleichem Maße ein. Insbesondere in den Alpengebirgen herrschten gleichzeitig die stürmischen Nordwestwinde Schneefälle, und erstreckten sich dieselben bis über ganz Italien und Valmarien; selbst aus Rom, Florenz und Ancona werden negative Temperaturen gemeldet, und fast Schneefälle bis im Süden der Aecia zu verzeichnen; im Norden derselben herrscht seit Freitag abends stürmische Bora bei durchwegs 2 bis 5 Grad unter Null; in Siebenbürgen, der Moldau, Balaakel und Bessarabien wütheten seit drei Tagen andauernde Schneestürme bei — 10 bis — 15 Grad Celsius.

### Theater.

(—g.) Einen recht lustigen Abend verlebten alle jene, die vorgestern das Theater besuchten. „Der große Wurf“, eines der neueren Lustspiele seines produktiven Verfassers Julius Rosen, gehört in die Kategorie jener aufprechtenden Familien-Dramen, in denen wir ein Thema, dem wir alle Tage selbst oder an unseren Mitmenschen zu begegnen gewohnt sind, zum Vorwurfe einer doktrinären dramatischen Bearbeitung genommen sehen. Schwiegereltern, die in exzentrischer Liebe zu ihrem eigenen Kinde den Schwiegersohn als einen Eindringling in das Glück

seiner Gattin ansehen und ihm zur Last werben, gibt es überall, wo es Menschen gibt. Dieser allerdings etwas verbrauchte Stoff ist von Rosen theilweise recht glücklich bearbeitet, wenn auch die Ausführung hin und wieder — namentlich in den beiden letzten Akten — an sehr viel Unwahrscheinlichkeiten trinkt. Der wichtigste ist der zweite Akt, und dies unserer Ansicht nach hauptsächlich wegen der selbstverständlichen, unvermittelten Komik, welche in den dort geschaffenen Situationen herrscht.

Die Komödie mußte übrigens gefallen, weil sie von den Darstellern in nahezu allen Rollen mit Fleiß erfaßt und durchgeführt wurde. Wir hatten ein unübertreffliches Schwiegerelternpaar in Frau und Herrn Ströhl und eine ihrer wüthige Tochter in Frau Arensdorf; alle drei spielten so natürlich und lebenswahr, daß man versucht war, den Firtelanz des Theaters zu vergessen und zu glauben, man beobachte leibhaftige Familien-szenen. Die beste Leistung, die uns Herr Kieger als Bonvivant bisher bieten konnte, war sein „Bruno von Welten“, den er mit ebensoviel Anstand als richtigem Verständnis der Rolle durchführte. Eine ebenbürtige Gegnerin fand er an Frau Weidl als „Gabriele von Strehlen.“ Herr Wallner hingegen verfiel in seiner überstürzten Weise über ein viel zu beschränktes Genre, als daß er als „Solonau“ auch nur erträglich werden könnte.

### Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“) Berlin, 4. März. General Ignatieff ist hier eingetroffen.

Konstantinopel, 4. März. Ein Telegramm des Fürsten von Serbien an den Großvezier ratifiziert die vereinbarten Friedenspunkte und Zusicherungen des serbischen Delegierten, konstatiert, daß der status quo Serbien alle Rechte und Privilegien belasse, welches die aus verschiedenen Ferman's resultirenden Verpflichtungen auf sich nimmt. Die Beziehungen zwischen Türkei und Serbien sind dergestalt wieder hergestellt. — Die eigentlichen Verhandlungen mit Montenegro beginnen Montag; die ersten Besprechungen bekunden beiderseitigen Friedenswunsch. — Die griechischen Journale sind unzufrieden, daß unter den fünf nichtmuselmännischen Deputierten Konstantinopels nur ein Grieche, dagegen drei Armenier und ein Jude sich befinden.

Wien, 2. März, abends. (N. W. Tgbl.) Die türkische Regierung hat beschlossen, auf indirekte Weise die Abrüstungsfrage aufs Tapet zu bringen. Im großen Ministerrathe konstatierten alle Mitglieder des Ministeriums wie des Staatsrathes, daß es für die Türkei unmöglich ist, für längere Zeit eine große Armee auf den Beinen zu erhalten. Man müsse die Großmächte auch schon darum um die Abrüstung Rußlands angehen, weil ja unter den Verhältnissen, welche durch die Aufstellung einer großen russischen Armee am Pruth für die Pforte geschaffen wurden, jede Reformthätigkeit unmöglich sei.

Prag, 2. März, abends. (Triester Zeitung.) In einer Korrespondenz wird der „Bohemia“ mitgetheilt: „Rußland zeigte England an, daß es 500,000 Mann vollständig ausgerüstet habe und entschlossen sei, die Action zu beginnen, daß ihm aber der Friedensausweg erwünschter sei, wenn die Mächte gemeinschaftlich für das Los der Christen in der Türkei sorgen wollten. Selbst zu einem längeren Aufschub wolle sich Rußland verstehen, wenn vorher entschieden wird, daß die Mächte der Türkei Reformen aufdringen wollen.“

Leipzig, 3. März. Der Reichs-Disziplinargerichtshof bestätigte in der heutigen Verhandlung das gegen den Grafen Arnim auf Dienstentlassung lautende Urtheil der Reichs-Disziplinarkammer.

Spalato, 3. März. (N. W. Tgbl.) Die bosnischen Insurgenten wollen vom Frieden nichts wissen und erklären einmüthig, weiter kämpfen zu wollen, um die Freiheit zu erlangen. Die Türken konzentrieren sich massenhaft, um auf fünf Seiten anzugreifen.

Belgrad, 2. März. Die Conservativen protestieren gegen die Auflösung der Stupschina. Die Türken räumen bereits das serbische Territorium.

### Telegraphischer Wechselkurs

vom 3. März.  
Papier = Rente 62.85. — Silber = Rente 67.95. — Gold-Rente 74.15. — 1860er Staats-Anlehen 109.40. — Bank-Aktien 828.—. — Kredit-Aktien 148.10. — London 123.40. — Silber 113.40. — R. f. Münz = Dukaten 5.91. — Napoleons'or 9.86 1/2. — 100 Reichsmark 60.60.

### Börsenbericht.

Wien, 2. März. (1 Uhr.) Der Grundton des Verkehrs war der einer entschiedenen Festigkeit. Mehr oder weniger sprach sich dieselbe bei allen Effektenkategorien aus. Am beliebtesten waren Eisenbahn-Aktien.

	Geld	Ware
Papierrente	62.70	62.90
Silberrente	67.65	67.75
Goldrente	74.15	74.25
Loth, 1839	284.—	285.—
„ 1854	105.75	106.25
„ 1860	108.75	109.—
„ 1860 (Zünftel)	118.50	119.—
„ 1864	131.50	132.—
Ung. Prämien-Anl.	71.75	72.25
Kreditb.	162.75	163.25
Rudolfs-L.	13.50	14.—
Prämienanlehen der Stadt Wien	94.—	94.25
Donau-Regulierungs-Lose	102.70	103.—
Domänen-Vsaadbriefe	142.50	143.50
Oesterreichische Schatzscheine	98.75	99.—
Ung. Eisenbahn-Anl.	98.75	99.25
Ung. Schatzbons vom 3. 1874	97.—	97.25
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien in B. B.	95.50	96.—

	Geld	Ware
Siebenbürgen	71.40	71.80
Lemser Banat	72.—	72.40
Ungarn	74.75	75.25

  

Aktien von Banken.		
	Geld	Ware
Anglo-Osterr. Bank	71.75	72.—
Kreditanstalt	149.90	150.—
Depositenbank	126.—	127.—
Kreditanstalt, ungar.	122.75	123.—
Eskompte-Anstalt	645.—	655.—
Nationalbank	828.—	830.—
Osterr. Bankgesellschaft	—	—
Unionbank	50.25	50.75
Verkehrsbank	79.—	80.—
Wiener Bankverein	51.—	51.75

	Geld	Ware
Franz = Joseph = Bahn	118.—	118.50
Galizische Karl-Ludwig-Bahn	211.75	212.—
Kofchan-Oberberger Bahn	85.—	85.50
Lemberg-Czernowitzer Bahn	112.50	113.—
Loth-Gesellsch.	333.—	334.—
Osterr. Nordwestbahn	112.50	113.—
Rudolfs-Bahn	107.25	107.75
Staatsbahn	228.—	228.25
Südbahn	78.50	78.75
Theiß-Bahn	159.—	160.—
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	81.50	82.50
Ungarische Nordostbahn	93.—	93.50
Wiener Tramway-Gesellsch.	97.50	98.—

	Geld	Ware
Kreditaktien 147.90, 1860er Lose 109.50, 1864er Lose 133.25, Oesterreichische Rente in Papier 62.80, Staatsbahn 230.—, Nordbahn 180.75, 20-Franken-Lose 9.87, ungarische Kreditaktien 122.25, Oesterreichische Francobank —, Oesterreichische Anglobank 71.50, Lombarden 78.75, Unionbank 49.50, austro-orientalische Bank —, Flohbacten 332.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17.50, Kommunal-Anlehen 94.—, Egyptische —, Goldrente 74.10.		

### Handel und Volkswirtschaftliches.

Schwebende Schuld. Zu Ende Februar 1877 befanden sich laut Kundmachung der Kommission zur Kontrolle der Staatsschuld im Umlaufe: an Partialhypothekaranweisungen 65.217,007 fl. 50 kr.; an aus der Mitsperre der beiden Kontrollkommissionen erfolgten Staatsnoten 346.782,768 fl., im ganzen 411.999,775 fl. 50 kr.

Monatsausweis der Nationalbank. Attiva Metallschatz 136.615,878 fl., in Metall zahlbare Wechsel 11.247,371 fl., eskomptierte Wechsel und Effekten 107.482,765 fl. Darlehen gegen Handpand 27.621,600 fl., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 2.640,243 fl., Darlehen an den Staat für die Dauer des Bank-Privilegiums 80.000,000 fl., Hypothekendarlehen 101.625,197 fl., börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe der Nationalbank 5.216,196 fl., Effekten des Reservefond nach dem Kurswerthe vom 30. Dezember 1876 14.846,513 fl., Effekten des Penfions-Fondes nach dem Kurswerthe vom 30. Dezember 1876 2.439,497 fl., Gebäude in Wien und Budapest, dann gesammelter landw. instructus 3.285,975 fl., Auslagen 364,890 fl., Saldi laufender Rechnungen 4.644,764 fl., zusammen 498.030,899 fl. — Passiva: Bank-Fond 90.000,000 fl., Reserve-Fond 17.815,425 fl., Banknoten-Umlauf 279.453,370 fl., unbehobene Kapitalrückzahlungen 72,630 fl., einzulösende Bank-Anweisungen 1.136,826 fl., Giro-Guthaben 180,327 fl., unbehobene Dividenden 257,868 fl., Pfandbriefe im Umlaufe 101.386,180 fl., verlorste, noch nicht eingelöste Pfandbriefe 199,800 fl., unbehobene Pfandbrief-Zinsen 105,967 fl., Penfionsfond 2.439,497 fl., Ueberträge vom vorigen Semest. laufende Erträge und Eingänge auf Verzinsung der Pfandbriefe 4.983,506 fl., zusammen 498.030,899 fl.

Laibach, 3. März. Auf dem heutigen Marke sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh, 24 Wagen und 3 Schiffe mit Holz (26 Kubikmeter). Durchschnitts-Preise.

	Witt.	Wag.		Witt.	Wag.
	n. tr.	n. tr.		n. tr.	n. tr.
Weizen pr. Hektolit.	10.24	11.17	Butter pr. Kilo	—	85
Korn	6.60	7.20	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	5.36	5.98	Milch pr. Liter	—	7
Pferd	3.90	4.37	Rindfleisch pr. Kilo	—	48
Halbfrucht	—	7.55	Kalbfleisch	—	60
Heiden	5.85	6.87	Schweinefleisch	—	32
Dirse	5.36	6.23	Schäpfsfleisch	—	70
Kukurug	6.—	6.52	Hühnel pr. Stück	—	16
Erbsen 100 Kilo	4.47	—	Lamben	—	3
Linse Hektoliter	13.—	—	Heu 100 Kilo	—	3
Erbsen	12.—	—	Stroh	—	3
Fisolen	8.—	—	Holz, hart., pr. vier D.-Meter	—	—
Rindeschmalz Kilo	—	94.—	— weiches, „	—	—
Schweineschmalz „	—	85.—	Wein, roth., 100 Lit.	—	—
Speck, frisch „	—	68.—	— weißer, „	—	—
— geräuchert „	—	75.—			

Lottoziehungen vom 3. März:  
Wien: 34 50 23 13 64.  
Graz: 73 18 66 7 83.

### Theater.

Heute slovenische Vorstellung.  
Morgen: Zum Vortheile des Gesangscomiters und Singschloß Karls W e r e n z zum letztenmal in dieser Saison: „Angl.“

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Nicht beobachtet	Witterung
7 U. Mg.	742.28	-10.8	ND. schwach	heiter	0.0
3. 2 „ R.	741.58	-0.8	D. schwach	heiter	—
9 „ Ab.	740.61	-4.8	D. schwach	heiter	—
7 U. Mg.	740.67	-9.4	ND. schwach	leicht bew.	0.0
4. 2 „ R.	735.04	+2.8	SW. mäßig theilw.	heiter	—
9 „ Ab.	733.40	-0.4	SW. schwach	ganz bew.	—

Den 3. anhaltend heiter, wolkenloser Himmel. Den 4. vor mittags heiter, nachmittags veränderte Windrichtung, zunehmende Bewölkung, abends dicker. Das vorgefrigte Tagesmittel der Temperatur — 5.5°, das gestrige — 2.3°, beziehungsweise um 7.6° und 4.6° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Damborg.

Grundentlastungs-Obligationen.  
Böhmen 100.50 101.50  
Niederösterreich 100.75 101.25  
Galizien 84.40 84.80

Aktien von Transport-Unternehmungen.  
Alföld-Bahn 95.50 96.—  
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft 347.— 349.—  
Elisabeth-Weidbahn 132.25 132.50  
Ferdinands-Nordbahn 1800.— 1805.—

Prioritäts-Obligationen.  
Elisabeth-B. 1. Em. 90.50 91.—  
Ferd.-Nordb. in Silber 106.— 106.50  
Franz-Joseph-Bahn 89.— 89.25

	Geld	Ware
Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	101.50	102.—
Osterr. Nordwest-Bahn	89.—	89.25
Siebenbürgen Bahn	69.75	70.—
Staatsbahn 1. Em.	113.50	114.—
Südbahn 3 1/2%	93.—	93.25
Südbahn, Dons	—	—

  

Devisen.		
	Geld	Ware
Auf deutsche Plätze	60.10	60.30
London, kurze Sicht	123.55	123.55
London, lange Sicht	123.75	123.85
Paris	49.10	49.15

  

Geldsorten.		
	Geld	Ware
Dukaten	5 fl. 93.	5 fl. 93 1/2
Napoleons'or	9 „ 88 1/2	9 „ 89 1/2
Deutsche Reichsbanknoten	60 „ 70	60 „ 80
Silbergulden	113 „ 25	113 „ 50

Krainische Grundentlastungs-Obligationen Privatnotierung: Geld 90.—, Ware 72.— bis Kredit 150.25 bis 150.50. Anglo 72.— bis

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.70 bis 62.90, Silberrente 67.65 bis 67.90, Goldrente 74.20 bis 74.30, London 123.60 bis 123.90, Napoleons 9.88 1/2 bis 9.89 1/2, Silber 113.45 bis 113.55.